

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Österreichs Aussenminister Alois Mock, der gestern als Vertreter des Gastgeberlandes die Abschlussitzung des Wiener Folgetreffens der KSZE eröffnete, nannte das Treffen einen «Meilenstein auf dem Weg, die jahrtausendealte Sehnsucht der Menschen nach Frieden zu verwirklichen».

## KSZE-Aussenministertreffen in Wien eröffnet

Polizeieinsätze in der DDR und CSSR überschatten KSZE - Shultz verurteilt Ostberlin und Prag

Wien (AP) Überschattet von den Polizeieinsätzen gegen Regimekritiker in der CSSR und der DDR hat am Dienstag in Wien das Abschlusstreffen der 35 Aussenminister der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) begonnen. Der scheidende US-Aussenminister George Shultz verurteilte in der letzten Rede seiner Amtszeit vor einem internationalen Forum die Ereignisse in Prag und Leipzig sowie vor Journalisten die Haltung Rumäniens.

Shultz sagte, das Vorgehen der DDR-Behörden stehe im «krassen Widerspruch» zu den Absichtserklärungen bei der Konferenz. Heftig kritisierte er auch die tschechoslowakischen Behörden. Nur eine Stunde nach der Annahme des Wiener Schlussdokuments habe die Prager

Bereitschaftspolizei am Sonntag in klarer Verletzung der in Wien eingegangenen Vereinbarungen Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten eingesetzt, sagte er im Plenum. Gleichzeitig würdigte er aber die Ergebnisse des Folgetreffens, die Europa in eine «vielversprechende Periode» eintreten liessen. Die Kriegsgefahr könne jetzt verringert werden, und die Achtung der Menschenrechte gewinne ständig an Boden. Das Bild von der Sowjetunion und einiger anderer osteuropäischer Staaten sei heute «in einigen Bereichen heller» geworden als vor einigen Jahren. Er fügte jedoch hinzu: «Aber es bleiben Bereiche, in die das Licht der Offenheit noch nicht eingedrungen ist.»

Erneut forderte Shultz den Abbau der Berliner Mauer. Sie sei nicht nur ein

Symbol, sondern eine «unmenschliche Konstruktion», sagte er vor den Delegierten. Auch kritisierte er die Haltung Rumäniens, das Einwände gegen das gebilligte Schlussdokument vorgebracht hatte. «Man muss diese Dinge beim Namen nennen», sagte der US-Aussenminister.

Vor dem Kongresszentrum protestierten Mitglieder einer jüdischen Frauengruppe gegen die Ergebnisse der Konferenz. «Ihr habt die sowjetischen Juden zu

## Liechtenstein an der KSZE

Unser Land war am KSZE-Prozess von Beginn an dabei. Die Schlussakte von Helsinki unterzeichnete 1975 der damalige Regierungschef Dr. Walter Kieber. In Wien wird Regierungschef Hans Brunhart das Dokument des Folgetreffens mit seiner Unterschrift versehen.

## Benderer Pfarrstall wird nun renoviert

Das «Liechtensteiner VOLKSBLATT» nimmt auch zu Beginn dieses Jahres die einzelnen Gemeindebudgets genauer unter die Lupe und startet die Serie heute mit der drittkleinsten Gemeinde unseres Landes, Gamprin-Bendern. Den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit nehmen dort erneut die Tiefbauten ein, für die Aufwendungen von knapp einer Million Franken veranschlagt sind. Der grösste



Teil davon entfällt auf Kanalisationsbauten und Strassenverbesserungen, die im Zuge des raschen Bevölkerungswachstums oberste Priorität haben, wie uns Vorsteher Lorenz Hasler in einem Gespräch mitteilte. Im Hochbaubereich, für den 420 000 Franken bereitgestellt werden, steht die Renovation des alten Pfarrstalls (unser Bild) auf dem historischen Benderer Kirchhügel im Vordergrund. Ein entsprechender Ideenwettbewerb soll so schnell als möglich durchgezogen und der Planungsauftrag noch in diesem Jahr vergeben werden. Die Gesamtkosten der Renovation (samt Umgebung) dürften auf rund 1,5 Millionen Franken zu stehen kommen. Im Vorfeld der Renovation hat die Gemeinde bereits bei Dr. Georg Malin eine baugeschichtliche Untersuchung in Auftrag gegeben. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse könnten möglicherweise in dieser oder jener Form in das Projekt integriert werden.

(Die Sonderseite zum Budget 1989 der Gemeinde Gamprin-Bendern finden Sie im Innern der heutigen Ausgabe.)

## Nur der Erbprinz kann den Landtag auflösen

Die Entschliessung zur Auflösung des Landtags bedarf der Gegenzeichnung des Regierungschefs

Der Landtag wird, wie bereits berichtet, am kommenden Montag zu einer öffentlichen Sitzung zusammentreten. Auf der Einladung des Landtagspräsidenten steht «Einziger Tagesordnungspunkt: Wahl des Landesausschusses». Wird es zu einer Auflösung des Landtags kommen? Die Antwort auf diese Frage steht allein im Ermessen des Erbprinzen, der nach der Verfassung befugt ist, den Landtag zu vertagen oder aufzulösen.

Dass der Landtag nicht wie üblich nach der Dezember-Sitzung geschlossen und der Landesausschuss gewählt werden konnte, hängt mit der Verweigerung der VU-Fraktion zusammen, ihre Zustimmung zur Bestellung einer Untersuchungskommission im Fall «Staatsgerichtshof» zu geben. Nachdem der Präsident des Staatsgerichtshofes, Dr. Erich Seeger, eine Rechtfertigungsschrift in seinem Sinne herausgegeben hatte, stellten sich Fragen, die nach Auffassung der FBP-Fraktion nur durch eine parlamentarische Untersuchungskommission geklärt werden können. Die VU, die aufgrund ihrer Verwicklung in die Affäre um den Staatsgerichtshof offenbar kein Interesse daran zeigt, dass die volle Wahrheit an den Tag kommt, sperrte sich gegen diesen Antrag, so dass der FBP-Frak-

### Landtag tritt wieder zusammen

Gleichzeitig hatte die FBP-Fraktion schon in der Dezember-Sitzung signalisiert, dass sie an einer Weiterarbeit interessiert sei, wenn die Untersuchungskommission in ihrem Sinne bestellt werde. Nun wird der Landtag aufgrund der Einladung des Landtagspräsidenten am kommenden Montag zu einer Sitzung zusammentreten, um den Landesausschuss zu wählen. Der Landesausschuss muss nach der Verfassung vor der Schliessung des Landtags gewählt werden, um für die Zeit zwischen der Auflösung und seinem Wiederzusammentreten die Geschäfte des Parlaments führen zu können.

### Erbprinz ist zuständig

Zur Schliessung oder Auflösung des Landtags, um die es bei der kommenden Landtagssitzung geht, ist nach den Bestimmungen der Verfassung nur der Landesfürst bzw. in seiner Stellvertretung der Erbprinz berechtigt. Eine solche Entschliessung bedarf allerdings der Gegenzeichnung des Regierungschefs. Der Landtag ist das Gremium, das diese Entschliessung zur Auflösung oder Schliessung des Landtags entgegennimmt. Alle Abgeordneten haben sich zu diesem Zweck im Landtagssaal zu versammeln, denn eine Schliessung oder Auflösung des Parlamentes kann nur vor dem versammelten Landtag ausgesprochen werden. Weitere Mitwirkungsrechte bei der Schliessung oder Auflösung stehen dem Landtag nicht zu.

## Die Zahl der Neuzulassungen hat sich abgeschwächt

1988 wurden 5,8 Prozent weniger Autos immatrikuliert - mehr als 20 000 Fahrzeuge gesamthaft

(G.M.) - 1988 ist kein Autojahr mit neuem Rekordergebnis geworden. Im Dezember wurden, wie aus der neuen Statistik des Volkswirtschaftsamtes hervorgeht, insgesamt 93 (106) neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert, was 12,3 Prozent weniger sind als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Von Januar bis Dezember 1988 wurden 2546 (2704) neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt. Das entspricht einem Rückgang von 5,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Im Dezember 1988 wurden 81 (87) Personewagen und Kleinbusse in Verkehr gesetzt, wovon 93,8 Prozent die Abgasvorschriften gemäss US-Norm 83 erfüllten. Hinzu kommen 7 (8) Last- und Lieferwagen, 1 (2) Spezialwagen und 4 (7) Anhänger.

### Weniger Personewagen als im Vorjahr

In der Zahl von 2546 (2704) neuen Fahrzeugen, die im letzten Jahr in Betrieb genommen wurden, befinden sich auch 153 Anhänger, 22 Landwirtschaftstraktoren und 4 landwirtschaftliche Einachser. Motorfahrzeuge weist die Statistik für 1988 insgesamt 2367 (2527) aus, die auch 146 (201) Motorräder und 11 (13) Kleinmotorräder umfassen. Die Zahl der Motorwagen beläuft sich auf 2210 (2313) Einheiten, wovon die Personewagen mit 2011 (2112) Immatrikulationen im Vordergrund stehen. Lieferwagen wurden 114 (111) neu in Verkehr gesetzt, Lastwagen waren es 37 (40), Sattelschlepper 16 (14) und Spezialwagen 24 (29). Hinzu kommen 1 (1) gewerblicher Traktor, 4 (3) Kleinbusse und 3 (3) Autobusse.

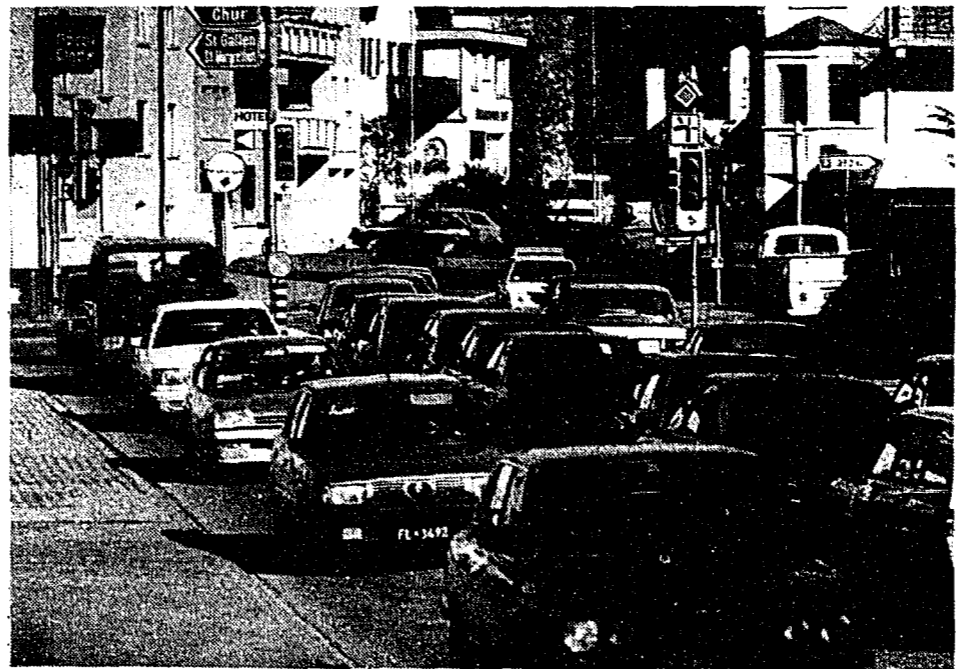
### Mehr als 20 000 Fahrzeuge

In unserem Land gibt es nach den Neuzulassungen im Jahre 1988 deutlich über 20 000 Fahrzeuge. Nach der Motorfahrzeugstatistik über den Bestand der Fahrzeuge, die jeweils am 1. Juli erscheint, wurden letzten Jahr 20 558 (20 006) Motorfahrzeuge registriert. Auf tausend Einwohner entfielen am Stichtag 1. Juli 1988 damit 742 Motorfahrzeuge oder 573 Personewagen. Nach diesen Zahlen entfällt auf 1,7 Einwohner bereits ein Personewagen, auf 1,3 Einwohner ein Motorfahr-

zeug, was im europäischen Vergleich eine sehr hohe Fahrzeugdichte darstellt.

### Etwa ein Viertel mit Katalysator

Am 1. Juli 1988 waren 3682 Personewagen registriert, welche die Abgasvorschriften gemäss US-Norm 83 erfüllten. Dies entspricht einem Anteil von 23,2 Prozent des Gesamtbestandes. Inzwischen sind weitere Kat-Fahrzeuge immatrikuliert worden, so dass der Anteil der schadstoffarmen Fahrzeuge bei rund einem Viertel des Gesamtbestandes liegen dürfte.



Im Dezember 1988 wurden 93 neue Autos in unserem Land zugelassen, im ganzen Jahr 1988 beliefen sich die Neuzulassungen auf 2546 Fahrzeuge. Insgesamt sind über 20 000 Motorfahrzeuge immatrikuliert, die auf unseren Strassen verkehren.

(Archivbild)

billig verkauft», warfen sie den Teilnehmern vor. Sie forderten die Delegierten auf, Juden in der Sowjetunion zu retten.

Am Sonntag hatten die Delegationen der 35 Teilnehmerstaaten das in zweijährigen Verhandlungen ausgearbeitete Schlussdokument gebilligt. Es sieht weitreichende Verbesserungen bei den Menschenrechten, gestärkte Ost-West-Beziehungen sowie neue Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa vor.

Der österreichische Aussenminister Alois Mock, der das Treffen eröffnete, sagte, dieses sei ein «Meilenstein auf dem Weg, die jahrtausendealte Sehnsucht der Menschen nach Frieden zu verwirklichen». Das Schlussdokument widerspiegeln die Öffnung, den Wandel, die wechselseitige Verantwortung und die gemeinsamen Anstrengungen.

## Ostschweizer Kantone für die Splügenvariante

(AP) Die sechs Ostschweizer Kantone haben sich wie bereits angekündigt für die Splügenvariante der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) ausgesprochen. Die Kantonsregierungen von St. Gallen, Glarus, der beiden Appenzell, Graubünden und Thurgau favorisieren die modifizierte Splüginlinie mit einem Tunnel von Thusis (GR) ins Misox, wie sie an einer Pressekonferenz vom Dienstag in St. Gallen mitteilten.

Der Thurgauer Regierungsrat Hanspeter Fischer erinnerte an das 100jährige Ostalpen-Versprechen der Bundesbehörden und drohte mit innenpolitischen Spannungen, falls die Ostschweiz einmal mehr verkehrspolitisch diskriminiert würde. Die Ostschweizer Kantone richten mit ihrer Vernehmlassung zugleich einen Appell an den Bundesrat und die Eidgenössischen Räte, die bisherige Neat-Diskussion noch einmal grundlegend aufzunehmen. Die Vernehmlassungsunterlagen des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED) wurden scharf kritisiert und als ungenügend zurückgewiesen. Insbesondere seien die Kontakte mit den Nachbarländern zu spät und zu wenig intensiv aufgenommen worden. Auch sei die Annahme, dass im Jahr 2010 ein Brenner-Basistunnel in Verkehr gesetzt sei, eine falsche Voraussetzung.

Als Argument für die Splüginbahn wird in der Vernehmlassung die Auffächerung des Verkehrs auf verschiedene leistungsfähige Achsen angeführt. Die Schweiz könne zudem ihrer Transitverpflichtung nur gerecht werden, wenn in allen drei Landesteilen leistungsfähige Alpentransversalen zu Verfügung stünden. Schliesslich ermögliche die Splüginbahn eine ausgewogene Verkehrerschliessung der ganzen Schweiz und verbessere das nationale Verkehrsgleichgewicht.

**DENNER-Satellit**  
Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

**Schaan-Vaduz**

**1 kg Bananen Fr. 1.20**

**2 kg Blutorange im Netz Fr. 2.50**

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.